



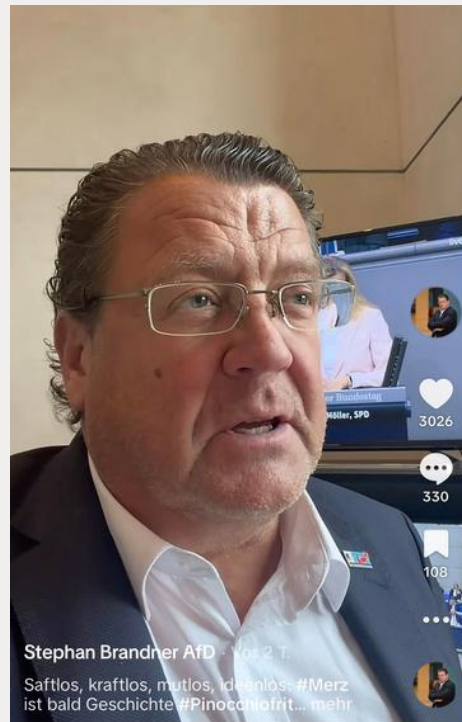
WOCHENRÜCKBLICK



PIC•COLLAGE



Aktuelle Videos



STEPHAN BRANDNER

Fraktionsvorstandssitzung



**STEPHAN
BRÄUNINGER**

Kommunalforum Tag 1



PIC-COLLAGE



STEPHAN
BRÄUNINGER

Kommunalforum Tag 2



STEPHAN
BRAUNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 14. Oktober 2026

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat am Mittwoch, 14. Oktober 2026, den neuen Bundesminister für Arbeit und Soziales, Alexander Schweitzer (SPD), zu Beginn der Plenarsitzung im Bundestag vereidigt.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat einen Tag vor Beginn des EU-Gipfels zum Europäischen Rat in Brüssel auf weitere Einsparungen beim langfristigen EU-Haushalt gepocht. In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag sagte er am Mittwoch^{**,*} der vorliegende Kompromissvorschlag der irischen EU-Präsidentschaft müsse „in allen Bereichen“ noch einmal begrenzt und die Prioritäten klarer gesetzt werden. Die EU sollte vor allem in Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit investieren und Bürokratie abbauen. In der anschließenden Aussprache warf die Opposition Merz Versagen bei den Reformbemühungen und schlechte Kommunikation vor. Der Druck auf die Sozialkassen steige und wichtige Reformen wie die zur Rente seien noch immer ausgeblieben, sagte AfD-Co-Fraktionschef Timo Chrupalla (AfD). Die Bundesregierung gefährde damit den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Die Steuerzahler könnten und wollten sich angesichts dessen auch die Unterstützung der Ukraine nicht mehr leisten. Die Bundesregierung sollte die „mittlerweile unendliche finanzielle und militärische Unterstützung“ der Ukraine deshalb beenden. Bezugnehmend auf das Diesel-Abkommen zwischen Russland und den USA forderte Chrupalla, auch Deutschland müsse Kontakte etablieren, um selbstständig Verträge über Energielieferungen zu verhandeln. Merz sollte außerdem über Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) Gesprächskanäle zu Russland anbahnen.

Die Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Dorothee Bär (CSU), sieht die Stärke der deutschen Forschungslandschaft und -politik durch die jüngsten Nobelpreise für deutsche Forscher bestätigt. In der Befragung der Bundesregierung sagte die Ministerin, es seien gerade wieder neue Exzellenz-Universitäten gekürt worden – Köln und zwei Exzellenz-Verbünde, die Rhein-Main- und die Ruhr-Universitäten. In Sachen Frauengesundheit tue sich etwas, seit es in ihrem Ministerium ein eigenes Referat dafür gebe. Frauen und ihre Symptome würden von dieser Bundesregierung ernst genommen. Neben der Forschungsministerin stellte sich auch der Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Dr. Karsten Wildberger (CDU), den Fragen der Abgeordneten. Die Menschen in Deutschland hätten einen Anspruch darauf, dass das Leben wieder besser, schneller, einfacher und digitaler wird und dass in Deutschland Technologie genutzt wird, um zu wachsen und souverän zu werden. Der AfD-Abgeordnete Andreas Mayer erkundigte sich bei der Forschungsministerin nach der Gefahr einer „Überregulierung“ durch den von der EU-Kommission geplanten „New Space Act“ zur Harmonisierung des europäischen Raumfahrtsektors. Ruben Rupp (AfD) fragte den Minister danach, wie der Rückstand zu China und den USA bei der KI aufgeholt werden könne. Die KI biete Chancen für Wachstum, die man nutzen müsse, antwortete Wildberger. Dies gehe einher mit Herausforderungen am Arbeitsmarkt. „Wir brauchen Wachstum, auch finanzielle Mittel“, so der Minister. Zur Frage Rupps nach „betreutem Denken“ oder Meinungsfreiheit sagte Wildberger, die Menschen hätten ein Recht darauf, zu erfahren, was die Quellen sind: „Wir brauchen Gesetze, dürfen unsere Werte nicht verraten.“

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die Fragestunde. Beispielsweise erkundigte sich der bayerische Abgeordnete Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, nach welchen messbaren Kriterien das Ministerium den Erfolg seiner Entwicklungsprojekte bewertet, für die jährlich Steuergelder in Milliardenhöhe eingesetzt würden.

Vor der Weltbiodiversitätskonferenz Ende Oktober im armenischen Jerewan und dem zwei Wochen später im türkischen Antalya beginnenden Weltklimagipfel im November hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer eigens beantragten Aktuellen Stunde am Mittwoch der Bundesregierung Fehlentscheidungen in der Umwelt- und Klimapolitik vorgeworfen und im Bundestag vor einem „Versagen“ gewarnt. Trotz eines sich verschärfenden Klimawandels, der die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen gefährde, schraube sie ihre Klima- und Umweltschutzgesetzgebung zurück, so der Vorwurf. Doch auch die Grünen selbst mussten Kritik einstecken. Scharf griff Dr. Michael Bloss (AfD) die Grünen an: Dass ausgerechnet sie über Versagen sprächen, sei schon bemerkenswert, so der Abgeordnete. Schließlich hätten sie mit ihrer „ideologiegetriebenen Energiepolitik das Land wirtschaftlich an die Wand gefahren“ und sich gleichzeitig an Natur und Umwelt „versündigt“. Für den Ausbau der Windkraft nehme die Partei Eingriffe in Natur und Umwelt „rücksichtslos in Kauf“, kritisierte Bloss.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sich am Mittwoch mit der Entwicklungspolitik befasst. Dazu hatte die AfD-Fraktion einen Antrag mit dem Titel „Ausstieg aus der UN-Agenda 2030 – Deutsche Entwicklungsziele nach nationalen Prioritäten definieren“ vorgelegt. Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen auszusteigen, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu reduzieren und jede Unterstützung oppositioneller oder zivilgesellschaftlicher Gruppen in den Partnerländern der deutschen EZ zu unterlassen.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 15. Oktober 2026

Nach jahrelangen parlamentarischen Vorarbeiten und vergeblichen gesetzlichen Initiativen mehrerer Bundesregierungen hat der Bundestag am Donnerstag eine Reform der Notfallversorgung beschlossen. Nicole Hess (AfD) gestand der Koalition zu, mit dem Gesetzentwurf einige vernünftige Ansätze vorgelegt zu haben. Sie erinnerte daran, dass es bei einem Notfall um Minuten gehe und schon 15 Minuten aus Sicht der Betroffenen eine Ewigkeit sein könnten. Sie bezweifelte jedoch, dass die Finanzierung des Vorhabens ausreichend ist, und forderte eine auskömmliche Absicherung der Notfallrettung. „Die Vorhaltung ist keine Verschwendung, sie ist unser aller Lebensversicherung.“ Nach Ansicht der AfD sind zudem die unterschiedlichen Notrufnummern problematisch. Hess sagte: „Die Leute sollten nicht erst nach der richtigen Nummer suchen müssen.“ Die Frage sei auch, woher die zusätzlichen Ärzte kämen, die anstelle der Kliniken ambulant tätig werden sollen.

Die Abgeordneten des Bundestages haben erstmals einen Antrag der AfD mit dem Titel „Migrationsbilanz für Deutschland – Kosten und Nutzen der Zuwanderung erfassen“ beraten. Hans-Jürgen Goßner (AfD) verwies zu Beginn der Debatte auf einen Artikel in der Tageszeitung „Die Welt“, wonach die Kosten für die Migration in den Jahren von 2016 bis 2025 bei mindestens 400 Milliarden Euro lägen. Eine amtliche Gesamtrechnung, so Goßner, fehle allerdings. „Wer solche Summen bewegt, schuldet den Bürgern eine Abrechnung“, befand er. „Stimmen Sie unserem Antrag zu und lassen Sie in den Ministerien rechnen“, forderte Goßner. So könne man sehen, welche Zuwanderung die Sozialsysteme trägt und welche sie belastet und was „langfristig unter dem Strich übrigbleibt“. In ihrem Antrag verweisen die Abgeordneten auf die angespannte Finanzlage der Sozialversicherungssysteme (Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung). Zur Sicherung der Stabilität dieser Systeme setze die Bundesregierung auf eine verstärkte Zuwanderung. Die empirische Realität zeige jedoch etwas anderes, nämlich eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Menschen in der Grundsicherung, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, kritisiert die Fraktion.

Der Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung die BAföG-Novelle beraten. Der AfD-Abgeordnete Dr. Christoph Birghan kritisierte das derzeitige BAföG-System dafür, dass es Talente verkümmern lasse und „Leistungen und Studienerfolge“ nicht belohne. Er vermisse diese „Leistungskomponente“ und forderte daher ein System, „das Bildungsgerechtigkeit mit Leistungsförderung verbindet“.

Der Bundestag hat am Donnerstag Anträge der AfD-Fraktion zur Pflege beraten. Der Antrag mit dem Titel „Unterstützung alter Menschen und Pflege zukunftssicher machen – Qualität sichern und bezahlbar gestalten“ wurde nach 30-minütiger Aussprache mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. Erstmals beraten wurde der Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Pflegeversicherung strukturell reformieren – Pflege finanzieren anstatt Familien belasten“. Er wurde zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Der Bundestag hat am Donnerstag nach 20-minütiger Aussprache der Erhöhung der Tabaksteuer zugestimmt. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Tabaksteuergesetzes wurde in der vom Finanzausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der AfD, von Bündnis 90/Die Grünen, der Linksfraktion und zweier Abgeordneter der Unionsfraktion angenommen. Damit wird die Steuer auf Tabakprodukte über einen Zeitraum von vier Jahren regelmäßig erhöht. Im kommenden Jahr werden dadurch Steuermehreinnahmen in Höhe von 756 Millionen Euro erwartet, die bis 2030 auf 3,589 Milliarden Euro ansteigen sollen.

Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung „für Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat sowie in weiteren Bereichen“ beraten. Nach 20-minütiger Aussprache wurde der Entwurf zusammen mit einem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Komplexität nehmen, Bagatellgrenzen für die Agrarförderung einführen“ dem federführenden Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zur weiteren Beratung überwiesen. Die AfD-Fraktion will Landwirten bei der Agrarförderung kleinere Rückforderungen erlassen sowie Nachweispflichten reduzieren.



STEPHAN
BRÄUER

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 16. Oktober 2026

Der Bundestag hat am Freitag die Frühstartrente beschlossen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Einführung einer Frühstartrente“ wurde in der vom Finanzausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD angenommen. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte zunächst das Ausbleiben der versprochenen Rentenreform. Da wäre es wichtig gewesen, wenigstens einen Teil des Rentenversprechens einzulösen und einen Einstieg in eine langfristig ausgerichtete, kapitalgedeckte Ergänzung der gesetzlichen Rente für die Kinder zu schaffen. Die Rentenkommission habe ein Rentenniveau von 70 Prozent als Ziel vorgegeben. Die AfD habe Vorschläge entwickelt, wie ein Rentenniveau von 70 Prozent erreicht werden könnte. Dafür müssten aber genug Mittel in die Hand genommen werden. Der AfD-Vorschlag für Kinder, das „Junior-Spar-Depot“ mit 100 Euro Prämie im Monat, würde langfristig ein sechsstelliges Vermögen schaffen**, und zwar** ohne eigene Einzahlungen. „Die Frühstartrente ist dagegen weder früh noch Rente“, kritisierte Schielke-Ziesing. Ohne zusätzliche Einzahlungen von Eltern oder Großeltern werde das nichts.

Der Bundestag hat ohne Aussprache einen Einspruch gegen ein in der Plenarsitzung am Donnerstag, 15. Oktober, verhängtes Ordnungsgeld abgewiesen. In der Sitzung hatte die amtierende Bundestagspräsidentin Andrea Lindholz (CDU/CSU) ein Ordnungsgeld gegen den AfD-Abgeordneten Martin Reichardt wegen einer zuvor getätigten Äußerung verhängt. Gegen das Ordnungsgeld hatte Reichardt mit Schreiben vom 15. Oktober an Bundestagspräsidentin Klöckner Einspruch eingelegt. Als Begründung für seinen Einspruch gab Reichardt an, seine Aussage gegenüber der Abgeordneten Kathrin Gebel (Die Linke) sei eine „sachliche Feststellung“ gewesen und er habe den Begriff „Klitoris“ lediglich deswegen verwendet, weil Gebel diesen Begriff ihm gegenüber in einer früheren Plenardebatte verwendet habe. Es erschließe sich ihm nicht, weshalb er ein Ordnungsgeld erhalte, Gebel aber für die Verwendung des Begriffs „nicht einmal einen Ordnungsruf“ bekommen habe.

Der Bundestag hat am Freitag erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Technologieoffenheit im Verkehrssektor gewährleisten – Privilegierung der Elektromobilität beenden“ debattiert. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die staatliche Subventionierung der Elektromobilität sofort zu beenden. Dazu müsse die E-Auto-Kaufprämie 2026 sofort eingestellt werden – einschließlich der Förderung von Plug-in-Hybriden und Fahrzeugen mit Range Extender. Auch alle steuerlichen Sondervorteile für Elektrofahrzeuge will die AfD beendet wissen und fordert, zu einer technologieneutralen Besteuerung zurückzukehren. In der Begründung zu dem Antrag wird auf mit der Privilegierung der Elektromobilität verbundene Steuerausfälle verwiesen. Außerdem sei es keineswegs so, dass E-Fahrzeuge keine Emissionen verursachen. „Der Großteil der Emissionen wird durch die , emissionsfreien‘ Elektrofahrzeuge nicht vermieden, sondern lediglich von der Straße in Kraftwerke und Fabriken verlagert“, schreiben die Abgeordneten.

Der Bundestag hat am Freitag nach einstündiger Debatte einen Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Keine Leistungskürzungen in der Pflege“ abgelehnt. Zur federführenden Beratung an den Gesundheitsausschuss überwiesen wurden ein weiterer Antrag der Linken mit dem Titel „Pflegeversicherung solidarisch und bedarfsgerecht ausrichten“ sowie ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Nachhaltige Pflegereform – Die soziale Pflegeversicherung zukunftsfest machen“. Tobias Ebenberger (AfD) sagte, mit den Anträgen würden berechtigte Sorgen aufgegriffen. Der Großteil der Pflegebedürftigen werde zuhause versorgt. Dort müsse deshalb ein Schwerpunkt der Unterstützung liegen. „Unser Grundsatz lautet: Ambulant vor stationär, wo immer es möglich ist“, so Ebenberger. Wer privat Pflege übernehme, verdiene bessere finanzielle Unterstützung und weniger Bürokratie, und wer es nicht alleine schaffe, müsse verlässliche professionelle Hilfe bekommen. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Rentner könnten nicht jedes Problem durch höhere Beiträge auffangen. Steuergelder sollten zunächst der „eigenen Bevölkerung“ zugutekommen. Um unnötige Ausgaben zu vermeiden, könnten die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung organisatorisch zusammengeführt werden.



Einladung nach Berlin!



**STEPHAN
BRANDNER**

Exklusiv für die
Bewohner des
Wahlkreises Gera – Greiz
– Altenburger Land

Einladung *ins* *politische* Berlin

**30.11. bis
2.12.**

Inbegriffen:

- ✓ Übernachtung im DZ und mehrere Mahlzeiten
- ✓ Besuch Bundestag - Gespräch mit Stephan Brandner
- ✓ Vielfältiges politisches Programm
- ✓ Busfahrt aus Ostthüringen

Seien Sie dabei!



AfD

Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: stephan.brandner.ma02@bundestag.de



**STEPHAN
BRANDNER**

Zu Gast in Arnstadt

RECHTSSTAAT RETTEN

28.10.2026, 18:00 UHR

Jens Dietrich,
MdL

**Stephan
BRANDNER**
MdB

**Olaf
KIESSLING**
MdL

**MUSIKKELLER MATADOR
BRAUHAUSSTRASSE 1-3
ARNSTADT**



**STEPHAN
BRANDNER**

SKATABEND

— MIT STEPHAN BRANDNER —



17. NOVEMBER 2026 |



17:00 UHR

AfD



GERA



ANMELDUNG:

Stephan.brandner.ma02@bundestag.de

Erstellt mit Hilfe von KI



**STEPHAN
BRANDNER**

Brandner kommt nach NRW



Stephan Brandner, MdB
KOMMT NACH HAMM

Datum: Donnerstag **22.10.2026**
Uhrzeit: **18 Uhr** Ort: Europasaal
Römerstraße 18, 59075 Hamm

AfD
Hamm



HERBSTBRUNCH
MIT STEPHAN BRANDNER

Anmeldung: veranstaltung@afd.ac

DATUM **24.10.2026** UHRZEIT **11:00 bis 15:00 Uhr**

Alternatives Zentrum Stolberg

BÜRGERDIALOG
in Sankt Augustin

23.10.26 | 19.00 Uhr

Die genaue Adresse wird nach der Anmeldung bekannt gegeben!

Mit:
Stephan Brandner MdB
Knuth Meyer-Soltan MdB
Tobias Ebenberger MdB

Anmeldung bis 23.10.2026 unter:
landesgruppe-nrw@afd.bundestag.de
Einlass ab 18.30 Uhr

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

23. Oktober 2026 ab 15 Uhr



Infostand
MIT STEPHAN BRANDNER

AfD
Recklinghausen



Infostand in Bielefeld! mit Maximilian Kneller MdB und Stephan Brandner MdB

Do. 22.10. • ab 16 Uhr

Vor der Panda-Apotheke
Auf dem Langen Kamp 93A • 33607 Bielefeld

AfD
Kreisverband Bielefeld



Demokratiefest in Hessen



GROSSES DEMOKRATIEFEST
mit **GERALD GROSZ**

ANDREAS LICHERT (MdL) CHRISTIAN RÖHDE (MdL) STEPHAN BRANDNER (MdB)
ROBERT LAMBROU (MdL)

**WIR BRINGEN
UNSER LAND
WIEDER
AUF KURS!**

SAMSTAG, 24. OKTOBER
18 UHR EINLASS AB 17 UHR
ALTENSTADTHALLE
VOGELSBERGSTRASSE 42

 **MUT ZUM
KLARTEXT!**

Jeder Gast willkommen! Nicht-öffentliche Veranstaltung.
Anmeldung per E-Mail: robert.wasillew@afd-hessen.de

AfD

Bürgerdialog in Schweigen



AfD

DEUTSCHLAND
*nach der historischen
Wahl in Sachsen-Anhalt*

 03.11.2026

 Schweigener Hof, Hauptstraße 2,
76889 Schweigen-Rechtenbach

 ab 18:30 Uhr

Stephan, MdB
BRANDNER

*Als weitere Redner erwarten Sie die rheinland-pfälzischen
Landtagsabgeordneten Eugen Ziegler und Albert Breininger.*

Anmeldung per Mail unter
bernd.schattner.ma03@bundestag.de

 Bernd
Schattner



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da!

Ihre Stimme.
Unser
Einsatz.

Ihre Ansprechpartner vor Ort – kompetent, erreichbar, für Sie im Einsatz.

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera

Tel.: 03 65 – 20 42 41 30

Fax: 03 65 – 22 69 12 50

kontakt@brandner-im-
bundestag.de

Geöffnet: Mo.–Do. 10–17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10–13 Uhr



Wahlkreisbüro Meuselwitz

Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz

meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de

Geöffnet: Di. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 – 25 95 13

goessnitz@brandner-im-
bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida

Platz der Freiheit 9,
07570 Weida

weida@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. 10–17 Uhr
und jeden 1. Samstag im Monat: 8–11 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz



www.facebook.com/stBrandner



www.instagram.com/stephanbrandner



www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd



t.me/StephanBrandnerMdB



www.tiktok.com/@brandner_afd



<https://twitter.com/BrandnerSt>